

# Protokoll Gemeinderat

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

Sitzungsdauer	20.00 Uhr bis 21.00 Uhr
Vorsitz	Martin Romer, Präsident
Protokoll	Uwe Krzesinski, Sekretär
Stimmenzähler	Nadine Burtscher Beat Hess Cécile Mounoud
Anwesend	31 Mitglieder
Abwesend	Erich Burri Martin Christen Beat Kunz Martin Müller Stephan Wittwer
Behördenvertreter	Stadtpräsident Otto Müller Vizepräsident Jean-Pierre Balbiani Stadtrat Roger Bachmann Stadtrat Roger Brunner Stadtrat Heinz Illi Stadtrat Esther Tonini
Entschuldigt	Stadtrat Rolf Schaeren
Weibeldienst	Wm Patrick Tommer

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

## **S1.06.01.08.02 Tagesschule**

### **Tagesschulen**

#### Postulat

Reto Siegrist (CVP), Mitglied des Gemeinderates, hat am 13. März 2017 folgendes Postulat eingereicht:

*"Gerne lade ich den Stadtrat von Dietikon ein zu prüfen, wie die Schule Dietikon sukzessive Tagesschulen in ihren Schulhäusern einrichten kann.*

#### *Begründung:*

*Nicht wenige verantwortliche Personen im Schulwesen sehen Tagesschulen als das Schulmodell der Zukunft. Ein wesentlicher Beitrag zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten u.a. Tagesschulen. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat erst kürzlich Tagesschulen im Kanton zum Legislaturziel erklärt und die von der Bildungsdirektorin Silvia Steiner, CVP, vorgeschlagenen Änderungen im Volksschulgesetz genehmigt. Weiter stellt das Volksschulamt in der Zwischenzeit einiges an Orientierungshilfen für die Umsetzung/Einführung von Tagesschulen in Gemeinden/Städten zur Verfügung. Es muss somit nicht von Null an alles neu "erfunden" werden, was den ganzen Zeitablauf beschleunigt!*

*Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie, per wann, wo und in welcher Abfolge überall Tagesschulen in Dietikon realisiert werden und wie das finanzielle Korsett für diese Umstellung aussehen könnte.*

*Pragmatisch formuliert: Was braucht es, um Tagesschulen in Dietikon zu realisieren und wie sieht ein Timetable für die Umsetzung aus?"*

#### **Begründung:**

Reto Siegrist (CVP) erklärt, dass die moderne Tagesschule die logische Weiterentwicklung der Volksschule, also eine Fortschreitung des bisherigen Erfolgsmodells, eine intelligente Anpassung an die unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit ist. Die Tagesschule mit ihrem pädagogischen Konzept ermöglicht es Frauen endlich, Familie und Beruf zu vereinbaren und damit ihren Beruf ohne schlechtem Gewissen auszuüben. Die Tagesschulen kosten mehr als reine Regelschulen.

Jedoch, die Investitionen von zusätzlichen Steuergeldern lohnen sich mehrfach für die gesamte Volkswirtschaft, für die Arbeitgeber, für die Standortattraktivität, für die soziale Sicherheit der einzelnen Familien aber auch für alleinerziehende Personen sowie für die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien. Und ein weiterer Punkt ist, dass Schweizer Werte einfacher vermittelt werden können.

Eigentlich ist alles gesagt, weshalb Tagesschulen in Dietikon eingeführt werden sollten und trotzdem gibt es noch einige zusätzliche Informationen, dies auch mit der Hoffnung, dass die Begründung eine Grundlage für die Beantwortung durch den Stadtrat darstellt.

Die CVP Dietikon hat bereits im Juni 2016 einen Polit-Talk mit der verantwortlichen Projektleiterin der Schule Stadt Zürich für Tagesschulen durchgeführt und sich zum Thema informiert. Mit der Anpassung des Volksschulgesetzes anfangs März 2017 hat nun die Regierung des Kantons Zürich die Grundlage geschaffen, dass Tagesschulen optimal eingeführt und individuell, also auf die Gegebenheiten der jeweiligen Schule abgestimmt, umgesetzt werden können. Erstmals werden im Gesetz die Begriffe Tagesschule und Tagesstrukturen definiert. Selbstverständlich hat nun der

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

Kantonsrat noch das letzte Wort. Persönlich glaube ich aber, dass sich auch der Kantonsrat nicht vor den heutigen Gegebenheiten verschliessen kann.

Viele Vorteile sprechen für Tagesschulen. Tagesschulen integrieren alle Kinder in unser Leben, geben Strukturen und ermöglichen verlässliche Beziehungen. Und ja, die Betreuung in der Schule in Form der Tagesschule kostet Geld. Leider ist es namentlich noch nicht möglich, verbindliche Aussagen darüber zu machen, ob eine Tagesschule unter dem Strich teurer zu stehen kommt als eine Schule mit Tagesstrukturen. Was aber sehr deutlich nachgewiesen werden konnte, sind die zahlreichen monetären und nicht monetären Folgen von Tagesschulen. Das zeigen zwei Studien des Büro BASS, die in Zürich im Jahre 2000 und in Bern 2007 durchgeführt wurden. Die Studien wurden in Auftrag gegeben, weil die betreffenden Schulbehörden wissen wollten, wie diese zusätzlichen Steuergelder gerechtfertigt werden konnten. Darum wurden die Auswirkungen von Tagesschulen auf die verschiedensten Bereiche untersucht.

Stichwortartig einige Aussagen:

- Die höhere Erwerbsquote der Eltern, deren Kinder in Tagesschulen sind, generieren höhere Steuereinnahmen, die Kommunen, Kanton und dem Staat letztendlich zu Gute kommen.
- Die bessere und vermehrte Integration von Frauen in der Arbeitswelt wirkt sich volkswirtschaftlich positiv aus, vor allem wenn dadurch auch der Fachkräftemangel aufgefangen werden kann. Mit Blick auf den Inländervorrang müssten alle Parteien Tagesschulen unterstützen.
- Durch gute Tagesschulen fehlen Eltern weniger am Arbeitsplatz.
- Tagesschulen wirken sich auf die Standortattraktivität aus. Unternehmen profitieren direkt davon, wenn ihre Mitarbeiterinnen auf gute Tagesschulen zurückgreifen können – passt in den Slogan von Dietikon: Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität.
- Die Sozialisation von Kindern in Tagesschulen wirkt sich für das einzelne Kind positiv aus, vor allem bei der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund oder bildungsfernen Schichten. Dies senkt wiederum die Aufwendungen der ausserschulischen Fördermassnahmen und entlastet die Steuerzahler.
- Das Büro BASS bilanziert, dass der gesamte volkswirtschaftliche Nutzen von Tagesschulen im Verhältnis von 1 zu 3.5 steht, das heisst, dass jeder investierte Franken Steuergeld um den Faktor 3.5 multipliziert und der Volkswirtschaft und somit indirekt dem Fiskus zu Gute kommt.

Die Regierung des Kantons Zürich sieht folgende fünf Argumente, die für Tagesschulen und somit für Kind und Familie sprechen:

1. Pädagogische Verknüpfung von Betreuung und Unterricht führen zu besseren Schulleistungen.
2. Verzicht auf den Wechsel von Hort und Schule führt zu mehr Ruhe im Alltag der Kinder.
3. Hausaufgaben belasten oftmals den Familienalltag. Diese werden in der Tagesschule erledigt, was auch entspannend für die ganze Familien ist.
4. Die Vermittlung unserer Schweizer Werte wird viel einfacher flächendeckend möglich sein, was sich schlussendlich im Zusammenleben der Bevölkerung und somit in der Sozialisationsmöglichkeit zeigt.

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

5. Die Gemeinde entscheidet, wie ihr Angebot definiert wird - der Rahmen der Tagesschule wird aufgrund der gemeindeeigenen Eigenarten und Ausprägungen definiert.

Zu sagen ist noch, dass nun viel Vorarbeit geleistet wurde, wo Dietikon aufsetzen könnte.

Mit Blick auf die Stadtentwicklung von Dietikon – zurück wie vorwärts – und die prognostizierten Schülerzahlen lohnt es sich, das Thema verstärkt zu bearbeiten und Ressourcen zuzuweisen. In der Schule Dietikon wurde vor Jahren eine Arbeitsgruppe "Schulraumentwicklung" geschaffen. Da ein Legislaturziel 2014 – 2018 der Schule heisst "Prüfen einer Tagesschuleinführung", sollte die Beantwortung bereits weit fortgeschritten sein, da die Legislatur in 11 Monaten zu Ende geht. Aus Sicht der CVP sind Taten statt Worte gefragt, auch wenn ein anderes Legislaturziel regelmässiges Kommunizieren und Informieren heisst.

## **Diskussion:**

*Philipp Müller (FDP)* stellt im Namen der FDP-Fraktion einen Nichtüberweisungsantrag. Die FDP ist für die Tagesschule und begrüsst das Votum von Reto Siegrist. Weil man für Tagesschulen ist, hat Michael Segrada (FDP) eine Interpellation eingereicht. Diese ist für später traktandiert. Der Stadtrat wird Gelegenheit haben, sich zum Thema Tagesschule zu äussern. Die Interpellation wurde allen Fraktionen zugestellt. Später wurde das Postulat eingereicht. Es macht nicht viel Sinn, zwei Vorstösse zum gleichen Thema zu behandeln. Das mildere Mittel, die Interpellation, sollte genügen, weshalb das Postulat nicht überwiesen werden soll.

Philipp Müller ist erstaunt über den politischen Stil. Im Parlament gibt es geschriebene und ungeschriebene Regeln. Vorstösse sollen bei den Präsidenten zirkulieren, um zu prüfen, ob man Unterstützung findet. Michael Segrada hat das am 17. Februar 2017 gemacht. Einen Monat später hat die CVP einen gleichen Vorstoss eingereicht. Das ist Ideenklau und kein guter Stil. Bezeichnend ist, dass das Postulat nur vom Postulanten unterschrieben wurde, weil es schnell gehen musste. Es kann ja sein, dass es unerfahrene Fraktionsmitglieder gibt, aber dann sollte über die Gepflogenheiten informiert werden.

*Beat Hess (Grüne)* fragt sich, ob die FDP in Dietikon lebt. Wer würde von den Tagesschulen profitieren? Private wären zu teuer, es gäbe Qualitätsunterschiede. Wirtschaftsvertreter von der FDP fordern, dass Frauen auch arbeiten gehen. Will man auch, dass es noch Kinder gibt oder braucht es nur noch Arbeitskräfte? Was ist mit den Eltern, welche trotzdem arbeiten und wollen, dass die Kinder gut betreut sind? Die Grünen unterstützen die Stossrichtung des Postulates.

*Esther Wyss (SVP)* erklärt, dass die SVP Fraktion den Nichtüberweisungsantrag der FDP unterstützt und bittet den Gemeinderat, dies ebenfalls zu tun. Sie gibt ihrem Vorredner Recht, die Einreichung dieses Postulates kommt etwas eigenartig daher. Die Frage ist, woher kommt der plötzliche Ansturm auf Tagesschulen. Immerhin sind im Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 schon die ersten Ansätze dafür geschaffen und in der Volksschulverordnung vom 28. Juni 2006 näher beschrieben worden. Man darf sich fragen, woher dieser Aktionismus kommt.

Was ist aus der Sicht der SVP Fraktion stossend am vorliegenden Postulat? Es gibt eine Schulpflege mit vom Volk gewählten Exekutiv-Mitgliedern. Das heisst, dass es für spezifische Arbeiten in den einzelnen Ressorts Schulpflegemitglieder gibt, die sich wichtigen und strategischen Themen annehmen, beraten und Vorschläge ausarbeiten. Die Frage ist, nehmen die Kollegen und Kolleginnen der Schulpflege ihre Arbeit nicht ernst - oder verrichten sie sie nicht korrekt. Der Stadtrat will das Postulat übernehmen, obwohl doch unterschwellig ein Versagen der Schulpflege zugrunde gelegt werden könnte. Es fragt sich, ob der Stadtrat, beziehungsweise die Schulpflege, dieses Vehikel nehmen, um mitzuteilen, dass sie in der Vergangenheit in diesem Bereich bereits alles unternommen haben. Esther Wyss ist sicher, dass sich die Schulpflege mit dem Thema Tagesschule schon mehrfach befasst hat. Insbesondere, da es ja ein separates Ressort Schulentwicklung beschäftigt.

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

Komischerweise bringt nun Reto Siegrist, der doch mit der Vorsitzenden des Ressorts Schulentwicklung verschwägert ist, ein Postulat mit genau dieser Thematik ein. Es ist doch sicher erlaubt, diese Verbindung in den Raum zu stellen und sich diese ominöse Frage zu stellen. Zudem stört sich die SVP schon seit geraumer Zeit daran, dass Vorstösse der Schulpflege in den Gemeinderat eingebracht werden, die darauf hindeuten, dass Insider-Wissen vorhanden sein muss, um einem abgeschmetterten Vorschlag der schulischen Exekutivbehörde Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Die Mitglieder der verschiedenen Behörden sollen in Ruhe ihre Arbeit machen. Dies ist zielführender als über den Gartenhag zu schauen.

*Anton Kiwic (SP)* betont, dass es die unbegreiflichste Art ist. Es ist doch nicht dasselbe, eine öffentliche Tagesschule zu prüfen und eine private Institution. Es geht darum, wie es mit den Kindern geht. Es gibt viele Gründe, weshalb der Stadtrat das Thema angehen soll.

Es gibt viele Kinder, die über Mittag nicht nach Hause gehen und in der Stadt herumlungern. Das stört. Die Kinder werden tagsüber betreut, sie können Aufgaben machen und können Projektarbeiten mit anderen Kindern umsetzen. Diese Art der Zusammenarbeit muss man lernen. Eine Tagesschule ist der richtige Ort dafür. Anton Kiwic hat seine Kinder in der Krippe gehabt, obwohl es drei waren. Sie haben von der Grösse der Gruppe in unterschiedlichem Alter profitiert. Das ist aber teuer und nicht jeder kann es sich leisten. Ausländische Kinder können sich so besser integrieren. Mit Tagesschulen sind sie gefordert, Deutsch zu lernen. Das ist eine wichtige Angelegenheit zur besseren Integration. Es gibt verbindliche Regeln.

Klar kann man das privat machen, aber das kann sich nicht jeder leisten. Deshalb ist das Postulat zu überweisen

*Reto Siegrist (CVP)* ist irritiert von den Voten Müller und Wyss. Sobald man auf persönliche Situationen reagieren muss, ist das eine tiefe Schublade; das ist daneben. Ansonsten müsste man Stadtrat Müller und Gemeinderat Müller auch diskutieren. Das gehört nicht hier her.

Die politische Seite muss Einfluss nehmen, wenn die Schulpflege ihre wichtigen Themen nicht durchbringen kann. So wurde das Thema Schulwegsicherheit intensiv diskutiert. Man ist aber nicht weiter gekommen. Dann gibt es aber noch die Möglichkeit, das Thema in das Parlament zu bringen. Der Stadtrat ist gut beraten, wenn er das Thema ernst nimmt.

Letzten Sommer wurde das Thema Tagesschule bei einem Politalk besprochen. Es ist ein Legislaturziel. Man hat bis jetzt nichts davon gehört. Jetzt soll es Schwung bekommen.

Das Unvermögen, mit solchen Voten zu kaschieren, ist nicht der Stil, wie man hier politisiert. Deshalb sind die beiden Voten zurückzuweisen.

*Jean-Pierre Balbani* erklärt, dass Tagesschulen ein ernstes Thema sind. Es ist ein Legislaturziel der Schulpflege welches man nicht vergessen hat. In den ersten zwei Jahren wurde es nicht angegangen, aber jetzt ist man intensiv an der Prüfung. Man ist schon weit, hat aber nicht kommuniziert, weil noch keine kommunizierbaren Fakten zu diesem wichtigen Thema vorliegen. Unvermögen zu unterstellen ist nicht fair. Die Schulpflege arbeitet daran und die Antwort zum Thema wird spätestens nach den Sommerferien vorliegen. Der Stadtrat weiss, dass die Tagesschule ein Thema ist. Das ist gut, benötigt aber auch örtliche Gegebenheiten, was nicht einfach ist. Aufgrund des Postulates müssen noch keine Lösungen, aber Wege aufgezeigt werden.

Der Stadtrat will das Postulat übernehmen und anschliessend über das Vorhaben informieren.

*Sven Johannsen (GLP)* hat sich die Argumente angehört. Die EVP/GLP wird das Postulat überweisen. Es ist die Aufgabe der Schulpflege, das Thema anzugehen. Der Präsident der Schulpflege ist

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

im Stadtrat und hat nichts dagegen einzuwenden. Man weiss, dass schulische Themen in die Schulpflege gehören, aber von der Stadt finanziert werden. Vielleicht braucht es sogar eine Urnenabstimmung (z.B. Schulhaus). Das finanzielle Korsett muss stimmen.

Es ist sicher lohnenswert, sich auch über private Tagesschulen Gedanken zu machen. Es sind zwei Aspekte: private und öffentliche Tagesschulen mit unterschiedlichen Kosten, über welche die Gemeinde entscheiden soll.

Das Postulat sei deshalb zu überweisen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

**Der Gemeinderat beschliesst:**

Das Postulat betreffend Tagesschulen wird mit 17 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen überwiesen.

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

## **U1.01.03.00    Lärm, Fluglärm, Allgemeines**

### **Lärmbelästigung und Raserei im Zentrum**

Postulat

Anton Felber (SVP), Mitglied des Gemeinderates und 18 Mitunterzeichnende haben am 4. Mai 2017 folgendes Postulat eingereicht:

*"Ich bitte den Stadtrat zu prüfen und entsprechend Bericht zu erstatten, ob folgende zwei Forderungen umsetzbar wären:*

- 1. Das Thema "Lärmbelästigung durch Rasereinlagen und durch lautes Aufheulen der Motoren" in Dietikon zum Schwerpunktthema zu machen und mit der Kantons-, Stadt- und Regionalpolizei vermehrte gezielte Grosskontrollen in Dietikon durchzuführen und die fehlbaren Fahrzeuglenker anzuzeigen.*
- 2. Das Thema "Lärmbelästigung durch Rasereinlagen und durch lautes Aufheulen der Motoren" soll im Geschäftsbericht abgebildet werden und jährlich Rechenschaft über die eingeleiteten Massnahmen und Verzeigungen usw. Auskunft geben.*

*Begründung:*

*Lautes Aufheulen des Motors oder Rasereinlagen: Einige Autofahrer protzen gern lautstark mit ihrem Gefährt im Zentrum von Dietikon - hauptsächlich in den Abend- und Nachtstunden. Das Zentrum von Dietikon leidet seit Jahren unter der Lärmbelästigung. Gemäss dem Strassenverkehrsgesetz ist das verboten. Wenn die Polizei einen Sünder anhält, muss er mit einer Anzeige rechnen und bekommt es mit dem Stadtrichter oder gar mit dem Staatsanwalt zu tun. Da es nebst der Ruhestörung auch zur akuten Gefährdung im Strassenverkehr führt, sind dies keine Kavaliersdelikte.*

*Als Beispiel: Bei der Stadtpolizei Zürich wurden im Jahr 2015 rund 290 Fahrer wegen unnötiger Lärmverursachung im Strassenverkehr verzeigt. Im Jahr 2016 waren es gar rund 400.*

*Die Stadt Dietikon hat dasselbe Problem, nur wurde bisher nichts dagegen unternommen. Deshalb fordere ich den Stadtrat auf, dieses Problem endlich ernst zu nehmen. Wenn man in andere Gemeinden und Städte schaut, haben diese das Problem erkannt und gehen, wie man aus diversen Zeitungen entnehmen kann, rigoros dagegen vor; wieso nicht auch in Dietikon? Die Stadtpolizei Zürich hat erst kürzlich wieder eine Fahrzeug-Lärmkontrolle in der Stadt durchgeführt und über 44 Fahrzeuglenker verzeigt. Anstelle von solchen Kontrollen im Zentrum von Dietikon durchzuführen und damit ein Zeichen zu setzen, werden unsere Polizisten dazu eingesetzt, mit der Regionalpolizei Schlieren/Urdsorf im Zentrum von Schlieren Grosskontrollen durchzuführen. Wo bleibt hier Dietikon? Wo bleibt hier das Zentrum von Dietikon? Wir wollen nicht mehr mit ellenlangen Auslegungen von Gesetzesartikeln abgespeist werden, wir wollen endlich Taten sehen."*

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

## Mitunterzeichnende:

Karin Dopler	Stephan Wittwer	Esther Wyss	Jörg Dätwyler
Charlotte Keller	Eveline Heiniger	Konrad Lips	Esther Wyss
Roland Schürch	Christiane Ilg-Lutz	Ernst Joss	Rosmarie Joss
Martin Steiner	Gabriele Olivieri	Anton Kiwic	Martin Müller
Beat Hess	Lucas Neff	Catalina Wolf	

## **Begründung:**

Anton Felber (SVP) stellt fest, dass Dietikon ein Problem mit Lärm durch lautes Aufheulen von Motoren und von Protzern durch schnelles Beschleunigen beim Anfahren ihrer Motorfahrzeuge hat. Das Thema "Lärmbelästigung durch Rasereinlagen und durch lautes Aufheulen der Motoren" in Dietikon soll zum Schwerpunktthema gemacht und im Geschäftsbericht abgebildet werden. Der Detaillierungsgrad wird der Sicherheitsabteilung überlassen. Die Kantons-, Stadt- und Regionalpolizei sollen vermehrt gezieltere Grosskontrollen im Raum Dietikon durchführen und die fehlbaren Fahrzeuglenker anzeigen und/oder die auffälligen Fahrzeuge dem Strassenverkehrsamt melden. Dort sollen diese Fahrzeuge auf die Lärmwerte kontrolliert werden.

Das Zentrum von Dietikon leidet seit Jahren unter der Lärmbelästigung. Das Thema soll nochmals aufgegriffen werden, da Bewohner, welche an der Badenerstrasse gewohnt haben, aus genau diesen Gründen in Nachbargemeinden weggezogen sind. Dietikon kann und soll es sich nicht leisten, dass wegen "Möchtegerns" Steuerzahler wegziehen.

Beim letzten Lärmproblem-Postulat wurde der Gemeinderat vom Stadtrat, beziehungsweise der zuständigen Abteilung, mit ellenlangen Auslegungen von Gesetzesartikeln abgespiesen. Ein Hinweis, dass nichts gemacht werden will und es dafür eine Rechtfertigung braucht. Der Sicherheitsvorstand hat aber nicht erwähnt, dass es im Strassenverkehrsgesetz, Art. 42 Abs. 1 SVG heisst "Der Fahrzeugführer hat jede vermeidbare Belästigung von Strassenbenützern und Anwohnern, namentlich durch Lärm, Staub, Rauch und Geruch, zu unterlassen und das Erschrecken von Tieren möglichst zu vermeiden". In der Verkehrsregelnverordnung (VRV) gibt es den Art. 33, Vermeiden von Lärm. Dort wird genauer ausgeführt, was unter dem Art. 42 SVG genau zu verstehen ist.

Deshalb wird der Stadtrat erneut aufgefordert, dieses Problem endlich ernst zu nehmen. Wenn man mit einigen der Stadträte über das Problem spricht, hört man zwischen den Zeilen, dass dies bekannt sei und auch nicht gutgeheissen wird. Es ist deshalb an der Zeit, dass die Stadt Dietikon dieses ernsthafte Problem angeht und etwas dagegen unternimmt. Da auch Städte wie Zürich, Chur, St. Gallen und sicher noch viele andere dieselben Probleme plagen, gehen diese, wie aus diversen Zeitungen zu entnehmen ist - rigoros dagegen vor. Dietikon könnte, wenn das Bedürfnis besteht, sich mit diesen Gemeinden kurzschliessen und anfragen, wie betroffene Städte die Kontrollen in ihren Städten durchführen.

Die Stadtpolizei Zürich hat erst kürzlich wieder eine Fahrzeug-Lärmkontrolle in der Stadt durchgeführt und über 44 Fahrzeuglenker verzeigt. Anstelle von Grosskontrollen im Zentrum von Dietikon, um damit ein Zeichen zu setzen, werden die Polizisten dazu eingesetzt, mit der Regionalpolizei Schlieren/Urdsorf in Schlieren und Urdsorf Kontrollen durchzuführen. Es muss auch nicht immer nur eine Grosskontrolle pro Halbjahr oder Jahr sein. So könnten in den Sommermonaten vermehrte Kontrollen im Zentrum durchgeführt werden. Durch diese Massnahmen würde Ruhe in Dietikon einkehren.

Weil der Stadtrat sich bereit erklärt, das Postulat zu übernehmen, gilt dieses als überwiesen.

Der Stadtrat hat sechs Monate Zeit, um das Postulat von Anton Felber zu beantworten.

**G1.02.03 Pilzkontrolle**

**Pilzkontrolle: Sparen auf Kosten der Gesundheit, Begründung**

Beantwortung Interpellation

Catalina Wolf-Miranda (GP), Mitglied des Gemeinderates, und 7 Mitunterzeichnende haben am 2. Februar 2017 folgende Interpellation eingereicht:

*"Für den gefahrlosen Konsum selbstgesamelter Pilze ist eine professionelle Kontrolle ein absolutes Muss! Zu gross ist das Risiko, dass sich ein Giftpilz unter die geniessbaren gemischt hat. 2016 mussten die Dietiker für die Kontrolle Ihrer Pilze jedes Mal fünf Franken bezahlen - eine neue Sparmassnahme der Stadt Dietikon.*

- *Wie entwickelte sich aufgrund der neu eingeführten Gebühr die Anzahl der Pilzkontrollen in Dietikon im Vergleich zu Vorjahren (Auflistung der Anzahl durchgeführten Pilzkontrollen 2007 bis 2016)?*
- *Welcher Betrag konnte durch die neue Gebühr von Seiten der Stadt eingenommen werden?*
- *Für fleissige Pilzler aus dem Einzugsgebiet der Pilzkontrolle Dietikon ist es seit 2016 lohnenswerter, das Angebot der kostenlosen Pilzkontrollstellen Urdorf und Schlieren in Anspruch zu nehmen? Wie rechtfertigt der Stadtrat die Mehrbelastung dieser Pilzkontrollstellen durch seine eingeführte Gebühr?*
- *Ist dem Stadtrat bekannt, ob es 2016 im Einzugsgebiet der Pilzkontrollstelle Dietikon Fälle von Pilzvergiftungen gab?*
- *Die bisher in Dietikon für die Pilzkontrolle zuständige Person hat dieses Amt unter anderem aufgrund der neu eingeführten Gebühr per Ende 2016 abgegeben. Neue PilzkontrollleurInnen sind in der Schweiz schwer zu finden. Wie gedenkt der Stadtrat die Pilzkontrolle auch in Zukunft sicherzustellen?*
- *Zieht es der Stadtrat aufgrund der marginalen Einsparungsmöglichkeiten und der gesundheitlichen Risiken in Betracht, die Gebühr auf die Pilzkontrollen wieder abzuschaffen?*

Mitunterzeichnende:

Catherine Peer	Martin Steiner	Beat Hess	Rosmarie Joss
Anton Kiwic	Esther Sonderegger	Lucas Neff	

**Begründung:**

Catalina Wolf (Grüne) erklärt, dass für den gefahrlosen Konsum selbstgesamelter Pilze eine professionelle Kontrolle ein absolutes Muss ist. Zu gross ist das Risiko, dass sich ein Giftpilz unter die geniessbaren gemischt hat. Seit letztem Jahr müssen die Dietiker für die Kontrolle ihrer Pilze jedes Mal Fr. 5.00 bezahlen - eine Sparmassnahme des Stadtrates Dietikon. Geht man wöchentlich einmal Pilze sammeln, kann das ganz schön ins Geld gehen. Vielleicht möchte sich der eine oder die andere das Geld sparen und lässt seine Speisepilze nicht mehr jedes Mal kontrollieren. Das kann fatale Folgen haben, gibt es doch über 5'000 Grosspilzarten und bereits wenige Gramm des Grünen Knollenblätterpilzes können tödlich sein.

Die Sparmassnahme des Stadtrates ist deshalb absolut unverständlich, zumal der eingesparte Betrag für das Stadtbudget kaum von Belang ist und Menschenleben auf dem Spiel stehen können. Catalina Wolf-Miranda macht sich Sorgen um die Gesundheit der Dietiker Bevölkerung und möchte gerne Antworten auf die gestellten Fragen haben.

Der Stadtrat hat drei Monate Zeit, um die Interpellation von Catalina Wolf-Miranda zu beantworten.

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

## **G2.01.02.01 Limmat und -Kanal**

### **Flussbadi Dietikon**

#### Interpellation

Philipp Müller (FDP), Mitglied des Gemeinderates, hat am 2. März 2017 folgende Interpellation eingereicht:

*"Die Limmat ist ein sehr schöner und beliebter Badeort. Leider fehlt im Limmattal ein Flussbad.*

*Eine Flussbadi - wie beispielsweise die Bäder am unteren bzw. oberen Letten und bei der Werdinsel - würde die Standortqualität von Dietikon stark erhöhen und wäre ein grosser Gewinn an Lebensqualität für die Einwohnerinnen und Einwohner. Ein solches Projekt hätte womöglich sogar überregionale Ausstrahlungskraft für den Bezirkshauptort.*

*Im Regierungsprogramm der Stadt Dietikon für die Jahre 2010 bis 2014 war die Errichtung eines Flussbades vorgesehen. Im aktuellen Regierungsprogramm sucht man leider vergebens danach.*

*Ich bitte den Stadtrat daher, die folgenden Fragen zu beantworten:*

- 1. Was hält der Stadtrat von einer Flussbadi an der Limmat?*
- 2. Inwiefern gibt es Bestrebungen im Hinblick darauf, dass Dietikon in den Genuss einer Flussbadi kommend wird?*
- 3. Hat der Stadtrat Kenntnis von möglichen Partnern, welche sich für die Errichtung und/oder den Betrieb einer Flussbadi interessieren?*
- 4. Welche Standorte hält der Stadtrat für geeignet?*
- 5. Hat sich der Stadtrat bereits mit Gemeinden, welche bereits über ein Fluss- oder Seebad verfügen, über die Umsetzung ausgetauscht (Haftungsrisiken etc.)?*
- 6. Inwiefern könnte sich der Stadtrat vorstellen, die Flussbadi mit einer "Anlegestelle für Limmatbötler" zu kombinieren (vgl. Interpellation Hafenstadt Dietikon vom 1. September 2016)?"*

#### Mitunterzeichnende:

Martin Romer

Olivier Barthe

Michael Segrada

#### **Begründung:**

*Philipp Müller (FDP) erklärt, dass das Thema in Dietikon immer mal wieder aufkommt. Die Limmat ist ein schöner Platz. Wieso gibt es keine Flussbadi? Mit dem Thema Hafenstadt wurde das Thema bereits aufgegriffen. Man hält sich dort auf und geniesst die Freizeit. Man hat vergleichbare Badis am Letten und der Werdinsel, wo es schön ist. Wieso gibt es das nicht in Dietikon? Früher war das Thema Teil der Legislaturziele.*

In der Interpellationsantwort zur Hafenstadt hat man gesagt, es gibt ein neues Projekt zur Flussbadi im Gebiet Glanzenberg. Viele Fragen haben sich bereits erübrigt. Die FDP hofft, dass das angekündigte Projekt realisiert wird und die Bevölkerung von einer Badi oder Liegewiese profitieren kann.

Die meisten Fragen sind beantwortet, weshalb die Interpellation zurückgezogen wird. Diese gilt damit als erledigt.

## S1.06.01.08.02 Tagesschule

### Private Tagesschulen in Dietikon

#### Interpellation

Michael Segrada (FDP), Mitglied des Gemeinderates, hat am 6. April 2017 folgend Interpellation eingereicht:

*"Die Schule Dietikon platzt bekanntlich aus allen Nähten, im kommenden Schuljahr werden wieder weitere 300 neue Schülerinnen und Schüler zugeteilt. Schulraum ist kaum vorhanden. Unter diesen Umständen und auch unter dem Gesichtspunkt der Förderung der Standortattraktivität wäre es interessant, den "Markt" für private Tagesschulen zu öffnen, in Ergänzung zur öffentlichen Schule und den bestehenden Tagesstrukturen, und somit positive Rahmenbedingungen zu schaffen. Für alle berufstätigen Personen (Paare und alleinstehende Erziehungsberechtigte) sind Tagesschulen eine Entlastung. In der Tagesschule wissen sie ihre Kinder betreut und beaufsichtigt. Das Potenzial für Lernfortschritte ist gross, da auf individuelle Lern- und Betreuungsbedürfnisse der Kinder gezielt eingegangen wird.*

*Ich bitte den Stadtrat höflich um Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Was hat der Stadtrat für die Förderung einer privaten Tagesschule eventuell bereits beschlossen oder geprüft?*
- 2. Was hat der Stadtrat bis heute unternommen, um attraktive Rahmenbedingungen für eine private Tagesschule zu schaffen?*
- 3. Was wären der künftige Rahmen und mögliche Massnahmen, welche der Stadtrat festlegen könnte?*
- 4. In welchem Zeitraum könnten solche erleichterte Rahmenbedingungen eingeführt und umgesetzt werden?"*

#### Mitunterzeichnende:

Martin Romer

Michael Segrada

Philipp Müller

#### **Begründung:**

*Michael Segrada (FDP) will gar nicht mehr gross ausholen. Ob privat oder öffentlich spielt keine Rolle. Die Bildung interessiert die FDP.*

Der Stadtrat hat drei Monate Zeit, um die Interpellation von Michael Segrada zu beantworten.

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

**F3.04.03          Planung, Disposition**  
**Steuersenkungs-Pfad**

Interpellation

Olivier Barthe (FDP), Mitglied des Gemeinderates, hat am 6. April 2017 folgende Interpellation eingereicht:

*"Dietikon hat, vor allem bedingt durch Ausgaben im Sozialbereich, einen hohen Steuerfuss. Dieser bremst die Ansiedlung neuer Arbeitgeber sowie guter Steuerzahler.*

*Seit den letzten Wahlen konnten die Ausgaben im Sozialbereich dank weiser und vorausschauender Führung durch den Stadtrat gesenkt werden. Einsparungen sollten zur Erhöhung der Attraktivität für Arbeitgeber sowie guter Steuerzahler genutzt werden. So könnte es ein vertrauensbildendes Signal sein, sich in Dietikon öffentlich zu einem Steuersenkungs-Pfad zu bekennen. Dieser könnte zum Beispiel vorsehen, sich ab dem Jahr 2018 einen jährlich um einen Prozentpunkt tieferen Steuerfuss als Ziel zu setzen, bis das Kantonsmittel unterschritten wird.*

*Entsprechend bitte ich den Stadtrat höflich um Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Wie stellt sich der Stadtrat zu einem öffentlichen Bekenntnis, einen Steuersenkungs-Pfad als Ziel zu verfolgen?*
- 2. Welche kommunalen finanzpolitischen Rahmenbedingungen müssten erfüllt sein, damit ein Steuersenkungs-Pfad ernsthaft umgesetzt werden kann?*
- 3. Welche bevorstehende Abstimmung, welches bevorstehende Ereignis (z.B. die Einführung eines neuen Gesetzes auf Stufe Kanton oder Bund), welcher Systemwechsel (z.B. Änderung in der Anwendung des FAG) müsste vor einem öffentlichen Bekenntnis abgewartet werden?*
- 4. Ab welchem Budgetjahr scheint ein Steuersenkungs-Pfad umsetzbar?"*

Mitunterzeichnende:

Martin Romer

Michael Segrada

Philipp Müller

Jörg Dätwyler

**Begründung:**

*Olivier Barthe (FDP), erklärt, dass Dietikon vor allem fremdbestimmt einen hohen Steuerfuss hat. Dieser bremst die Ansiedelung von Unternehmen und guten Steuerzahlern. Dank guter Arbeit konnten hohen Ausgaben gespart werden. Diese Einsparungen sollen für die Einwohnerschaft genutzt werden. Man soll nach aussen kommunizieren, dass sich Dietikon zu einem Steuersenkungspfad bekennt. Aus diesem Grund soll der Stadtrat die gestellten Fragen beantworten.*

Der Stadtrat hat drei Monate Zeit, um die Interpellation von Olivier Barthe zu beantworten.

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

**F5.03.03.01 Jugendsekretariat Bezirk Dietikon**

**Zusammenarbeit mit Kinder- und Jugendhilfezentrum**

Interpellation

Ernst Joss (AL), Mitglied des Gemeinderates, hat am 6. April 2017 folgende Interpellation eingereicht:

*"Das Verhältnis zwischen den Gemeinden und der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gibt schon lange zu reden. Neben der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde arbeiten die Gemeinden auch mit anderen Institutionen, so dem Kinder- und Jugendhilfezentrum (kjz) zusammen. Dabei ist zu beachten, dass das Kinder- und Jugendhilfezentrum selbst über keine Massnahmen entscheiden kann. Der Entscheid liegt entweder bei der Stadt Dietikon oder bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.*

*Wenn man Gerüchten glauben kann, dann gab es schon Gespräche mit dem Kinder- und Jugendhilfezentrum. Dazu soll gemäss Gerüchten in einem Fall ein Dietiker SVP Kantonsrat eingeladen worden sein und an der Sitzung teilgenommen haben.*

*Ich stelle daher folgende Fragen:*

*Frage 1: Wie ist das Verhältnis von Dietikon zum Kinder- und Jugendhilfezentrum?*

*Frage 2: Gab es Gespräche zwischen dem Kinder- und Jugendhilfezentrum und Dietikon? Wenn ja, wer nahm daran teil und was waren die Ziele und Ergebnisse der Unterredung?"*

**Begründung:**

*Ernst Joss (AL), erklärt, dass die Stadt seit Jahren mit anderen Gemeinden zusammenarbeitet. Man hat von der KESB gehört, dass dies zeitweise problematisch war, aber es hat sich normalisiert. Es gibt das KIZ, wie es im Geschäftsbericht erwähnt ist, und man arbeitet zusammen. Offenbar hat es Probleme gegeben in dieser Zusammenarbeit. Man könnte das ansprechen und offenlegen. Der Stadtrat muss sich dem Thema annehmen und das Gespräch suchen. Es wurde leider nicht informiert, das ist eine schlechte Informationspolitik.*

*Aus diesem Grund wurden die Fragen gestellt. Es ist zu hoffen, dass sich der Stadtrat an die Fristen zur Beantwortung hält.*

*Der Stadtrat hat drei Monate Zeit, um die Interpellation von Ernst Joss zu beantworten.*

**G3.06 Konjunktur- und Wirtschaftsfragen**

**Aufgaben und Prioritäten der Standortförderung**

Interpellation

Manuel Peer (SP), Mitglied des Gemeinderates, hat am 6. April 2017 folgende Interpellation eingereicht:

*"Eine Anfrage der SP an den Standortförderer, an einer Parteiversammlung über sein Wirken zu berichten, wurde wie folgt beantwortet:*

*"Besten Dank für Ihre geschätzte Anfrage, aber ich muss dankend ablehnen. Ich referiere in meiner Funktion ausschliesslich an Veranstaltungen von Gewerbe- und Wirtschaftsverbänden und Wirtschafts- oder Branchenanlässen. Ich bitte dafür um Ihr Verständnis."*

*Die Antwort hat mich, bei aller Freundlichkeit der Formulierung, befremdet.*

*Ich ersuche den Stadtrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:*

1. *Ist der Standortförderer für den Standort Dietikon und damit auch für die Wohnbevölkerung zuständig?*

*oder*

2. *Soll er ausschliesslich den geringen Anteil des Steuersubstrates der juristischen Personen, als Wirtschaftsförderer, mit seiner Anwesenheit beglücken?"*

**Begründung:**

Manuel Peer (SP), erklärt, dass er sauer wurde über die seinerzeitige Antwort. Standortförderung ist nicht dasselbe wie Wirtschaftsförderung. Standortförderung könnte bedeuten, dass Tagesschulen (öffentliche) ein Standortvorteil sind. Dies könnte Klientel aus Zürich nach Dietikon locken. Ein Ausbau der Nötzliwiese könnte das Image von Dietikon fördern. Kontakte zu Immobilienleuten wären Standort- und Immobilienförderung.

Es braucht auch Wirtschaftsförderung, z. Bsp. im SLS.

Der Stadtrat hat drei Monate Zeit, um die Interpellation von Manuel Peer zu beantworten.

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

**U1.02.02      Abfuhrorganisation**  
**Grüngutabfuhr Gewerbe**

Interpellation

Martin Steiner (SP), Mitglied des Gemeinderates, hat am 4. Mai 2017 folgende Interpellation eingereicht:

*"Seit geraumer Zeit steht es privaten Haushalten in Dietikon offen, als Biomasse verwertbare Haushaltsabfälle gratis in der "grünen Tonne" zu entsorgen. Aufgrund des liberalisierten Marktes im Entsorgungsgewerbe steht diese Möglichkeit dem Gewerbe nicht offen. Ich sehe den Stadtrat in der Pflicht, über ihre Verwaltungsratssitze bei der Limeco Einfluss auf das bestehende Angebot zu nehmen und so als privatwirtschaftlicher Akteur aufzutreten.*

*Vor diesem Hintergrund bitte ich den Stadtrat zur Beantwortung der folgenden Fragen:*

- 1. Bestehen bei der Stadt Dietikon tatsächlich noch Kapazitäten, um das Gewerbe bei der Abholung der als Biomasse verwertbaren Abfälle zu bedienen?*
- 2. Böte ein entsprechendes Angebot gegebenenfalls die Möglichkeit, die Belastung auf Strasse und Luft bei gleichzeitiger Abholung der privaten wie auch der gewerblichen Abfälle zu reduzieren?*
- 3. Sieht die Stadt Dietikon die Limeco als konkurrenzfähig, um ein solches Angebot als privatwirtschaftlicher Akteur etablieren zu können?*
- 4. Bestehen gegebenenfalls gesetzliche Einschränkungen, welche dem Stadtrat bzw. der Limeco eine solche Tätigkeit untersagen würden?"*

Mitunterzeichnende:

Anton Kiwic  
Sven Johannsen

Ernst Joss

Rosmarie Joss

Beat Hess

**Begründung**

*Martin Steiner (SP) erklärt, dass man in den grünen Tonnen Haushaltsabfälle entsorgen kann. Dem Gewerbe steht dies nicht zur Verfügung. Wieso ist das wichtig? In Dietikon gibt es Gewerbe, welche Rüst- und Essensabfälle produzieren (Gastronomie, Bäckereien, Metzgereien). Viele Gastronomen finden es unsinnig, dass der Abfall flächendeckend von einem Badener Unternehmen entsorgt wird.*

Der Stadtrat hat drei Monate Zeit, um die Interpellation von Martin Steiner zu beantworten.

43. Sitzung vom 8. Juni 2017

**F5.08.01            Gesetzliche Fürsorge, Allgemeines**

**Observationen gegen Sozialhilfemissbrauch**

Interpellation

Olivier Barthe (FDP), Mitglied des Gemeinderates und 10 Mitunterzeichnende haben am 4. Mai 2017 folgende Interpellation eingereicht:

*"Viele Sozialabteilungen im Kanton Zürich setzen zur Missbrauchsbekämpfung erfolgreich Sozialdetektive, unangemeldete Hausbesuche sowie Umfeldrecherchen im In- und Ausland ein. Sogar die nicht im Verdacht der Sparsamkeit stehende Stadt Zürich bestätigt, dass sich so Verdachtsmomente in den meisten Fällen erhärten, es zu Anzeigen und in der Folge zu Einsparungen kommt.*

*Aufgrund einer Klage hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Schweiz gerügt, ihre gesetzlichen Grundlagen seien für eine Observation von Sozialhilfebezügern zu wenig detailliert.*

*Diverse Gemeinden haben nun im Sinne eines vorausseilenden Gehorsams ihre dringend notwendigen Observationen unterbrochen. Nun bemüht sich einerseits der Bund um eine saubere rechtliche Regelung, welche aber wohl einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Der Zürcher Regierungsrat seinerseits glaubt nicht an die Notwendigkeit einer neuen Regelung.*

*Im Kantonsrat aber ist eine entsprechende parlamentarische Initiative eingereicht worden und der Rat strebt eine Revision des kantonalen Sozialhilfegesetzes an.*

*Entsprechend bitte ich den Stadtrat höflich um Beantwortung folgender Fragen:*

1. *Wie stellt sich der Stadtrat zum Urteil des EGMR im Allgemeinen?*
2. *Wie hat oder wie wird der Stadtrat den Regierungsrat anfragen, mit welchen gesetzlichen Grundlagen letzterer Observationen legitimieren will?*
3. *Wie unterstützt der Stadtrat den Kantonsrat in seinem Bestreben, das bestehende Sozialhilfegesetz zu revidieren?*
4. *Welche Massnahmen hat der Stadtrat eingeleitet oder geplant, um die dringend notwendigen Observationen unterbruchsfrei aufrecht zu erhalten?"*

Mitunterzeichnende:

Martin Romer	Philipp Müller	Michael Segrada	Charlotte Keller
Stephan Wittwer	Jörg Dätwyler	Esther Wyss	Eveline Heiniger
Karin Dopler	Marcel Schühle		

Begründung

*Olivier Barthe (FDP) erklärt, dass man bereit ist, für Bedürftige und deren Ansprüche zu zahlen, aber nicht für Betrüger. Für echte Sozialfälle ist diese Unterscheidung wichtig. Es braucht Observationen. Die EMRK hat die Schweiz gerügt, es gäbe keine Rechtsgrundlage. Der Kanton sagt, es wäre trotzdem möglich, man erarbeitet die nötigen gesetzlichen Grundlagen.*

Der Stadtrat hat drei Monate Zeit, um die Interpellation von Olivier Barthe zu beantworten.

GEMEINDERAT DIETIKON

Martin Romer  
Präsident

Uwe Krzesinski  
Sekretär

Nadine Burtscher  
Stimmzählerin

Beat Hess  
Stimmzähler

Cécile Mounoud  
Stimmzählerin